



Tutzingener Blätter

2·90

Informationen aus der Evangelischen Akademie Tutzing

Das »Europa der Mauern« gehört der Vergangenheit an. 1989 haben seine Grenzen mehr und mehr das Trennende verloren.

Versöhnung und Zusammenarbeit rücken in greifbare Nähe.

In dieser Situation des Aufbruchs richtet sich das besondere Interesse der Weltöffentlichkeit auf die beiden deutschen Staaten.

Doch wieviel Zeit ist nötig, bis das zusammenwächst, was zusammengehört?

Willy Brandt im Gespräch mit Kurt Masur



Tutzing im Frühjahr '90

Für die Evangelische Akademie Tutzing begann das Jahr mit einem Höhepunkt: Zwei Tage lang nahmen sich hochrangige Vertreter aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Kirche der beiden deutschen Staaten Zeit, um hinter den Schloßmauern neue Antworten auf die derzeit anstehenden politischen Fragen zu suchen. In der Abgeschlossenheit der Akademie am Starnberger See waren das Tage der Nachdenklichkeit, wie es sie – fernab aller Bonner und Berliner Betriebsamkeit – vielleicht öfters geben sollte. Die vorliegende Ausgabe der »Tutzingener Blätter« trägt der Bedeutung dieser Tagung Rechnung: Das Extra-Blatt ist ein bißchen gewichtiger geworden. Berichte über das weitere Akademiegeschehen folgen in der nächsten Nummer.

Annäherung durch Wandel

Kaum hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsultation »Neue Antworten auf die deutsche Frage« nach Abschluß der Debatte im Auditorium von ihren Plätzen erhoben, um langsam zum Mittagessen in den Speisesaal hinüberzugehen, da platzte die neueste Nachricht in die nachdenklichen Gespräche: »Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger Deutscher Nation werden. Damit von ihm nie mehr Gefahr für Leben und Gut seiner Nachbarn ausgeht, sind Verantwortungsbewußtsein, Behutsamkeit und Verständnis für das Machbare und für Europa Ertragbare erforderlich. Das kann gewährleistet werden bei fester Einbindung der deutsch-deutschen Beziehungen in die gesamteuropäische Entwicklung.« In diesen Sätzen gipfelte eine Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow. Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin hatte er soeben seine Konzeption für den Weg zur deutschen Einheit vorgelegt.

Zwei Tage vorher, als sich die ersten Gäste zu einem kleinen Empfang im Tutzinger Schloß trafen, hatte sich diese Kehrtwendung schon angedeutet. Bei dem Besuch Modrows in Moskau sagte Michail Gorbatschow im DDR-Fernsehen, daß »die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemanden prin-



Foto: Klaus Honigschnabel

zipiell in Zweifel gezogen« werde. Zwischen diesen aktuellen Meldungen fand die Konsultation der Evangelischen Akademie statt. Sie zeigten, unter welchem enormen Zeitdruck die Entwicklungen fortschreiten.

Die Erklärung Hans Modrows wäre die Sachposition der DDR-Regierung gewesen, die in Tutzing noch nicht eingebracht werden konnte, da sie in Ostberlin zeitgleich erst festgelegt wurde. Freilich blieb der Stuhl für ein DDR-Regierungsmitglied bei der Konsultation auch aufgrund der dortigen Regierungskrise leer: In jenen Tagen wurde über den Beitritt von Oppositionspolitikern als Minister ohne Geschäftsreich verhandelt. Einer der Teilnehmer,

Matthias Platzeck von den GRÜNEN der DDR, war nach Abschluß der Tagung bereits Minister.

Atemberaubendes Tempo

Dieses atemberaubende Tempo hatte auch die Vorbereitung der Konsultation bestimmt. Kurz nach dem 9. November 1989 – dem Tag der Öffnung der Mauer – fragten Günter Grass und Antje Vollmer an, ob die Akademie nicht bereit wäre, möglichst noch vor Weihnachten Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche und des öffentlichen Lebens aus der Bundesrepublik und der DDR einzuladen, um über die neu entstandene Situation zu beraten.

Diese Anfrage traf gewissermaßen ins Nervenzentrum des Hauses. Denn die deutsche Frage und der Versuch, Antworten darauf zu finden, zieht sich wie ein roter Faden durch die Programme der Akademiegeschichte. Werden die Tutzinger Tagungen sonst von langer Hand sorgfältig geplant, so blieb diese Konsultation aufgrund der Kürze des Vorbereitungsprozesses und der Unberechenbarkeit der Ereignisse bis zum Schluß ein Risiko.

Doch die Eingeladenen kamen fast alle: Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Kapellmeister Kurt Masur. Willy Brandt und Jürgen Kuczynski, Günter Grass und Günter de Bruyn, Konrad Weiß, Jens Reich, Ibrahim Böhme, Bischof Gottfried Forck, Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Schmude, Wulf Schönbohm, Hildegard Hamm-Brücher, Antje Vollmer und, und, und . . .

Tutzing im Frühjahr '90

Für die Evangelische Akademie Tutzing begann das Jahr mit einem Höhepunkt: Zwei Tage lang nahmen sich hochrangige Vertreter aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Kirche der beiden deutschen Staaten Zeit, um hinter den Schloßmauern neue Antworten auf die derzeit anstehenden politischen Fragen zu suchen. In der Abgeschlossenheit der Akademie am Starnberger See waren das Tage der Nachdenklichkeit, wie es sie – fernab aller Bonner und Berliner Betriebsamkeit – vielleicht öfters geben sollte. Die vorliegende Ausgabe der »Tutzing Blätter« trägt der Bedeutung dieser Tagung Rechnung: Das Extra-Blatt ist ein bißchen gewichtiger geworden. Berichte über das weitere Akademiegeschehen folgen in der nächsten Nummer.

Annäherung durch Wandel

Kaum hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsultation »Neue Antworten auf die deutsche Frage« nach Abschluß der Debatte im Auditorium von ihren Plätzen erhoben, um langsam zum Mittagessen in den Speisesaal hinüberzugehen, da platzte die neueste Nachricht in die nachdenklichen Gespräche: »Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger Deutscher Nation werden. Damit von ihm nie mehr Gefahr für Leben und Gut seiner Nachbarn ausgeht, sind Verantwortungsbewußtsein, Behutsamkeit und Verständnis für das Machbare und für Europa Ertragbare erforderlich. Das kann gewährleistet werden bei fester Einbindung der deutsch-deutschen Beziehungen in die gesamteuropäische Entwicklung.« In diesen Sätzen gipfelte eine Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow. Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin hatte er soeben seine Konzeption für den Weg zur deutschen Einheit vorgelegt.

Zwei Tage vorher, als sich die ersten Gäste zu einem kleinen Empfang im Tutzinger Schloß trafen, hatte sich diese Kehrtwendung schon angedeutet. Bei dem Besuch Modrows in Moskau sagte Michail Gorbatschow im DDR-Fernsehen, daß »die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemanden prin-



Foto: Klaus Honigschmabel

zipiell in Zweifel gezogen« werde. Zwischen diesen aktuellen Meldungen fand die Konsultation der Evangelischen Akademie statt. Sie zeigten, unter welchem enormen Zeitdruck die Entwicklungen fortschreiten.

Die Erklärung Hans Modrows wäre die Sachposition der DDR-Regierung gewesen, die in Tutzing noch nicht eingebracht werden konnte, da sie in Ostberlin zeitgleich erst festgelegt wurde. Freilich blieb der Stuhl für ein DDR-Regierungsmittglied bei der Konsultation auch aufgrund der dortigen Regierungskrise leer: In jenen Tagen wurde über den Beitritt von Oppositionspolitikern als Minister ohne Geschäftsbereich verhandelt. Einer der Teilnehmer,

Matthias Platzeck von den GRÜNEN der DDR, war nach Abschluß der Tagung bereits Minister.

Atemberaubendes Tempo

Dieses atemberaubende Tempo hatte auch die Vorbereitung der Konsultation bestimmt. Kurz nach dem 9. November 1989 – dem Tag der Öffnung der Mauer – fragten Günter Grass und Antje Vollmer an, ob die Akademie nicht bereit wäre, möglichst noch vor Weihnachten Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche und des öffentlichen Lebens aus der Bundesrepublik und der DDR einzuladen, um über die neu entstandene Situation zu beraten.

Diese Anfrage traf gewissermaßen ins Nervenzentrum des Hauses. Denn die deutsche Frage und der Versuch, Antworten darauf zu finden, zieht sich wie ein roter Faden durch die Programme der Akademiegeschichte. Werden die Tutzinger Tagungen sonst von langer Hand sorgfältig geplant, so blieb diese Konsultation aufgrund der Kürze des Vorbereitungsprozesses und der Unberechenbarkeit der Ereignisse bis zum Schluß ein Risiko.

Doch die Eingeladenen kamen fast alle: Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Kapellmeister Kurt Masur. Willy Brandt und Jürgen Kuczynski, Günter Grass und Günter de Bruyn, Konrad Weiß, Jens Reich, Ibrahim Böhme, Bischof Gottfried Forck, Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Schmude, Wulf Schönbohm, Hildegard Hamm-Brücher, Antje Vollmer und, und . . .

Tutzing wurde zum Ereignis. Dennoch ist die Tagespolitik über vieles in der Zwischenzeit längst hinaus gegangen. Eine Aporie zog sich durch die zwei Tage hindurch: Einerseits verlangten die Vertreter der Reformgruppen nichts vehementer als Zeit. Zeit für eine Klärung der eigenen Position zur Frage der Eigenständigkeit der DDR oder der Vereinigung beider deutscher Staaten. Zeit um eine politische und wirtschaftliche Konzeption zu entwickeln. Zeit auch um 40 Jahre (manche sagten: 56 Jahre) Vergangenheit aufzuarbeiten.

Andererseits waren sie sich mit Vertretern der Bundesrepublik darüber einig, daß die wirtschaftliche Hilfe für die DDR sofort kommen müsse. Doch letztere verändert nicht nur die Wirtschaft der DDR, sondern unter der Hand auch das gesellschaftliche System. Das soll ohne Zeitdruck geschehen, reflektiert und ohne sich vorschnell dem System der Bundesrepublik anzuschließen.

Im Tutzinger Auditorium wurde sehr viel über die DDR geredet und wenig über die Bundesrepublik. Perestroika als grundlegender politischer und gesellschaftlicher Umbau ist dort angesagt. Doch wie wird sich – wie muß sich die Bundesrepublik verändern, wenn das sich abzeichnende Neue ein gemeinsames Neues werden soll?

Obwohl in der Diskussion die Stimmen der Bundesrepublik zeitweise dominierten, war in der Rotunde doch klar, von wem der revolutionäre Prozeß in der DDR ausgelöst und damit die Perspektive für eine gemeinsame Zukunft aller Deutschen im europäischen Haus eröffnet wurde: vom Neuen Forum, von Demokratie Jetzt, von Demokratischen Aufbruch, von grünen Gruppierungen. Und natürlich auch von der Evangelischen Kirche, die über lange Jahre hinweg der einzige Schutzraum in der DDR war, in dem offen diskutiert und gesellschaftliche Alternativen entwickelt werden konnten.

Intellektuelle wie Günter Grass und Antje Vollmer befürchten, daß dieser eigenständige Beitrag der DDR »Wir sind das Volk« von der Bundesrepublik überrollt wird und damit eine offene Diskussion über Ziele von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft unmöglich gemacht wird. Diese Furcht teilen sie mit den Urhebern der sanften Revolution in der DDR. Bei der künftigen Entwicklung wird daher beachtet werden müssen, daß der Kampf der Bürger der DDR um Menschenrechte und Menschenwürde »ein großartiges Stück Deutschland« darstellt, »auf das wir

bauen können und bauen müssen« – wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker kürzlich sagte.

Immer wieder stand deshalb die Frage im Raum: Steckt hinter dem Wunsch nach staatlicher Einheit nicht in erster Linie der Wunsch nach Teilhabe am Wohlstand? Ob sich durch die Veränderungen in der DDR auch die Bundesrepublik verändern wird und so etwas wirklich Neues entsteht, wird sich zeigen. Wie sagte doch Jens Reich: »Wir haben es in der DDR geschafft die Stasi aufzulösen. Ihr werdet euch über uns noch wundern . . .«

Der Tutzinger »Genscher-Plan«

Die Tutzinger Rede Hans-Dietrich Genschers wird in der Zwischenzeit auf internationalem Parkett als Genscher-Plan gehandelt. Deutschland als Ganzes soll dem westlichen Bündnis angehören, wengleich es eine »Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, d. h. näher an die Grenze der Sowjetunion heran« nicht geben wird. Vereinigt soll werden: »die beiden deutschen Staaten einschließlich Berlin. Nicht mehr aber auch nicht weniger. Eine Grenzgarantie an alle unsere Nachbarn muß die erste gemeinsame Willensbekundung der beiden freigewählten deutschen Parlamente und Regierungen sein.«

In der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten sind diese grundlegenden konzeptionellen Vorstellungen Genschers zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen positiv aufgenommen worden. Nach dem 18. März wird sich zeigen, ob der Genscher-Plan auch in der DDR mehrheitsfähig ist, oder ob die neue Regierung ein eigenes deutschlandpolitisches Konzept vorlegt. Konrad Weiß hat dies angedeutet.

Vor über 25 Jahren hat die Formel »Wandel durch Annäherung«, die Egon Bahr im Politischen Club geprägt und Willy Brandt in seiner Politik praktisch umgesetzt hat, eine neue Entwicklung eingeleitet. Bei dieser Konsultation hieß es, jetzt müsse man die Formel umkehren. Jetzt müsse sie heißen: Annäherung durch Wandel. Wandeln müssen sich beide: Die Deutsche Demokratische Republik und auch die Bundesrepublik.

Es wäre schön, wenn die Tutzinger Konsultation ein Baustein in diesem Wandlungsprozeß wäre, an dessen Ende ein geeintes Europa vom Atlantik bis zum Ural stünde. Oder noch besser: Von San Francisco bis Wladiwostok – wie Carl Friedrich von Weizsäcker sagt.

Willi Stöhr

Hans-Dietrich Genscher

Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen

Die Mütter und Väter haben uns ein Grundgesetz geschenkt, das für unser Verhalten einen Auftrag gibt, der weiter reicht, als die meisten, die das Grundgesetz zitieren, es sagen: Wir sollen dem Frieden der Welt dienen, ein gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa werden und die nationale und staatliche Einheit der Deutschen wahren. Unsere Verfassung hat also schon unser nationales Ziel in einen europäischen Zusammenhang und unter die Verantwortung für den Frieden gestellt. Dieser Auftrag der Verfassung ist die Absage an die Machtpolitik der Vergangenheit, er verlangt Verantwortungspolitik.



Foto: Harald W. Seitzwein

Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland: »Es wird die deutsche Einheit nicht ohne Europa geben, und es wird die Einheit Europas nicht um die Deutschen herum geben.«

Thomas Mann hat schon 1953 eindringlich bekundet, was das heißt: Wir wollen nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland.

Die Deutschen in der DDR sind jetzt dabei, ihre Position zur deutschen und europäischen Zukunft zu bestimmen. Sie können das zum ersten Mal tun. Die Programme der Parteien, die sich am 18. März 1990 zur Wahl stellen wollen, suchen wie wir die Einheit in Europa. ▶

der Zeitpunkt gekommen, durch demokratisch legitimierte Regierungen und Parlamente das künftige Verhältnis der beiden deutschen Staaten und die Zukunft des deutschen Volkes zu bestimmen. Die Erklärungen des sowjetischen Außenministers *Schewardnadse* im Dezember 1989 und im Januar 1990 und vor allem die gestrige Erklärung des sowjetischen Präsidenten *Gorbatschow* zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeigen zutreffende Analyse, Realismus und Weitblick. Sie geben den Weg frei für eine konstruktive und auf Dynamik bedachte Europa- und Deutschlandpolitik.

Zur Zukunft der Deutschen enthält der Grundlagenvertrag einen *modus vivendi*: Nebeneinander stehen der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf Einheit und der Anspruch der DDR auf dauernde Zweistaatlichkeit. Ein weiterführender Vertrag muß die Antwort auf die Zukunft der Deutschen auf dem Weg zur Einheit geben. Er muß den Rahmen für den deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß schaffen. Aber er soll diesem Prozeß keine Zwangsjacke anlegen, auch keine zeitliche. Manches wird dann schneller gehen und manches wird mehr Zeit brauchen.

Durch einen solchen »Vertrag über den Weg zur deutschen Einheit in Europa« können die beiden Regierungen den Erwartungen der Deutschen gerecht werden. Sie sind gut beraten, wenn sie den Bürgern in beiden deutschen Staaten zum richtigen Zeitpunkt durch Wahl einer verfassunggebenden Versammlung die Möglichkeit geben, ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Entwurf eines solchen Vertrages, der Weg und Ziel definieren muß, erlangen aber die deutsch-deutschen Beziehungen eine Qualität, die nicht mehr nur uns Deutsche betrifft.

Diese neue Qualität hat die europäische Struktur und Architektur zu beachten, sie berührt die Vier-Mächte-Verantwortung, und sie berührt die bestehenden Bündnisse. Beide deutsche Staaten sind deshalb aufgerufen, dem Streben nach nationaler Einheit nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Antwort zu geben. Diese Antworten müssen sich einfügen in die künftige Architektur Europas.

Das ist die europäische Berufung der Deutschen, sie ist begründet in der Geschichte, sie ist begründet in unserer geographischen Lage Deutschlands, und sie ist begründet auch in dem Gewicht der Deutschen für die künftigen Entwicklungen in Europa. Die Deut-

Jens Reich, Neues Forum

Die Realität schwimmt vor uns davon

Wir haben Jahre in einer Hütte auf einem Damm gelebt. Der Damm ist gerissen und hat alles weggespült. Die Habseligkeiten und die Hütte – alles schwimmt jetzt in den Fluten, die das Tal hinabstürzen. Wir schwimmen da mit und halten den Kopf verzweifelt raus. Ab und zu, wenn wir etwas sagen und rufen, dann schlucken wir stattdessen Wasser. Der Kopf, das Denken ist noch im Alten. Die Gedanken hängen noch an der Hütte. Was können wir da retten, mitnehmen, irgendetwas noch behalten? Wir denken noch in den Kategorien, in denen wir fünfzig Jahre lang gedacht haben. Die Realität ändert sich, reißt uns weg und schwimmt vor uns davon.

Die romantische Phase von dem, was man die deutsche Herbstrevolution genannt hat, ist vorbei. Die ist wahrscheinlich mit dem Stichtatum 9. November zu Ende gegangen. Die Landschaft, die emotionale wie die politische, hat sich rapide geändert. Neben den schönen, den ergreifenden Tönen, sind auch aufgeregte dazugekommen und auch häßliche Töne. Das kann, glaube ich, nicht anders sein, und es wäre eine Illusion gewesen, hätten wir etwas anderes erwartet.

Unser Bewußtseinszustand kann vielleicht als Aufgeregtheit plus extremer Autismus beschrieben werden. Ich selber habe z. B. über all die Jahre regelmäßig jeden Tag bzw. jede Woche vier bis fünf sowjetische Zeitungen gelesen. Seit Oktober komme ich nicht mehr dazu. Das ist typisch.

Die ganze Stimmung um uns herum ist – zumindest für die, die bei diesem Weggeschwemmtwerden in die Politik geraten sind –, sehr ähnlich der, die in Warschau im Solidarnosc-Büro so um 1980 geherrscht hat: Ein Kommen und Gehen, Durcheinander, Leute mit Petitionen, mit Klagen, mit Informationsbedarf, junge Leute rennen hin und her und kopieren irgendwas, telefonieren, reden durcheinander, versammeln sich irgendwo zu kurzen Besprechungen, geben State-



Foto: Harald W. Setzwein

Jens Reich, Neues Forum: »Wir haben Angst, in einem anschlussähnlichen Verfahren von der Bundesrepublik nur noch abgeholt zu werden.«

ments an die Medien, es kommen Journalisten.

In dieser Aufgeregtheit leben wir eigentlich alle miteinander noch mit dem geistigen Gepäck, was wir vorher angesammelt haben. Das ist sicher eine gewisse Gefahr. Für uns ist es trotz aller Terminschwierigkeiten von großem Nutzen, hier nach Tutzinger in diese ruhige Distanz zu kommen, um einmal mit solchen Menschen, die von draußen zusehen, die ganze Sache in Ruhe analysieren zu können.

Wir haben jetzt vor allem drei große Themen: Das eine ist die Wirtschaft, das andere ist die politische Strukturierung, die Demokratisierung des Landes, und das dritte ist natürlich die deutsche Frage. Bei Wirtschaft und deutscher Frage dominieren gegenwärtig Emotionen vor sachlichen Auseinandersetzungen. Hoffnungen und Befürchtungen sind gemischt. Es ist nicht nur das Neue Forum gespalten, sondern jeder von uns. Jeder von uns ist für das Neue und gleichzeitig hat er Fetzen von dem, für das er Sehnsucht empfindet oder das er behalten will.

Wir sind alle gespalten in rechte und linke Denkelemente – falls das überhaupt noch zutrifft in unserer jetzigen Situation. Sie sind in uns drin, es ist nicht so, daß es rechte und linke Flügel gibt, sondern alle einzeln, jeder Sympathisant, jedes Mitglied hat das in sich. In der deutschen Frage sind wir gespalten, indem wir alle Deutsche sind und natürlich uns zugehörig fühlen zu allem, was an deutscher Kultur, deutscher Sprache, deutscher Gemeinsamkeit da ist. Auch dann, wenn uns eingeredet werden sollte, daß es eine sozialistische DDR-Nation gibt oder geben wird.

Gespalten aber auch insofern, als wir Angst haben, in einem anschlussähnlichen Vorgang sozusagen nur noch abgeholt zu werden. In diesen reißenden Bach hinein ist nun das eigentlich sachliche Problem des Aufbaus einer demokratisch funktionierenden Gesellschaft gestellt. Also: Verfassung, neue Gesetzlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, die ganzen Gesetze, die wir dazu brauchen wie Mediengesetz, Parteiengesetz, Wahlgesetz, Abschaffung von menschenfeindlichen Paragraphen, usw. Wir sind in den Wahlkampf hineingeworfen und damit in eine Bewegung, die uns zwingt, Widersprüche zu sortieren.

Nachdem anfänglich eine ganze Reihe von überraschenden und exotischen Pflanzen aufgetreten ist, besteht in unserer Parteienlandschaft jetzt eine Tendenz zur Harmonisierung, zur Angleichung und zum Abkupfern des westlichen Parteienbildes. Das gibt einerseits vielen Sicherheit, weil die vorhandenen Traditionen und die starken moralischen und materiellen Mittel, die da zur Unterstützung kommen, natürlich den Rücken stärken. Aber es gibt auch anderen wieder Unsicherheit.

Meine Befürchtung ist, daß viele der politischen Pflanzen, die sich da gebildet haben, von einer Walze von Uniformierung, von Gleichmacherei oder Aufspaltung in eine Art bundesrepublikanische Parteienlandschaft niedergewalzt werden und ihren eigenen Charakter verlieren. Und der eigene Charakter ist ja nicht durch Zufall entstanden, sondern dadurch, daß wir immerhin fünfzig Jahre lang ja doch andere Deutsche gewesen sind als in der Bundesrepublik. Schon von der Logik her kann es ja nicht so sein, daß nun alles wieder unbesehen eins sein kann.

Es gibt große Befürchtungen und große Sorgen bei vielen Menschen. Wir hören jetzt vor allem den Ruf nach der uneingeschränkten sofortigen Einheit. Aber Sie können versichert sein, daß es eine große Anzahl sehr, sehr nachdenklicher und besorgter Menschen in der DDR gibt. Bloß: Besorgnis, Unsicherheit und Zweifel kann man nicht gut auf einem Plakat zum Ausdruck bringen. Da kann man keinen Slogan, den man laut rufen kann, daraus machen.

schen haben damit die Chance, der Motor zur Überwindung der Spaltung Europas zu werden.

Es geht also darum, *erstens* den deutschen Rahmen für den Vereinigungsprozeß und *zweitens* den europäischen Rahmen zu entwickeln, in dem die Deutschen zueinander finden können. Es geht um die Bestimmung des Standorts der Deutschen in einem künftigen Europa. Diese Frage bewegt die europäischen Nachbarn mehr, als die Einzelheiten des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses.

Fest steht: Wir Deutsche wollen, wie alle Europäer, daß mehr und nicht weniger Sicherheit und Stabilität geschaffen werden. Wir wollen Einheit nicht zu Lasten Dritter.

Mitgliedschaft in der EG und in der NATO ist unwiderruflich

Die erste Frage, die wir Deutschen zu beantworten haben, ist: Was soll vereinigt werden? Die Antwort ist eindeutig: die beiden deutschen Staaten einschließlich Berlin. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Eine Grenzgarantie an alle unsere Nachbarn muß die erste gemeinsame Willensbekundung der beiden freigeählten deutschen Parlamente und Regierungen sein. Die Bundesrepublik Deutschland muß sodann die Frage beantworten, wie sie es im Falle der deutschen Einheit mit ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im westlichen Bündnis hält.



Foto: Harald W. Setzwein

Unterschiedliche Vorstellungen vom künftigen Deutschland: Der Schriftsteller und Mitinitiator der Tagung, Günter Grass, im Gespräch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker (rechts). Links im Bild der Bruder des Bundespräsidenten, der Friedensforscher und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker.

Die Antwort ist eindeutig: Unsere Mitgliedschaft in der EG im Falle der Einheit ist unwiderruflich und der Wille zu fortschreitender Integration hin zur politischen Union auch. Das gleiche gilt für die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis. Ein neutralistisches Deutschland wollen wir nicht.

Die Europäische Gemeinschaft wird ein Bauelement der Europäischen Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural oder auch des gemeinsamen europäischen Hauses sein. Sie ist schon heute ein Stabilitätsanker für Europa. Die Sowjetunion und die anderen europäischen Mitgliedstaaten des RGW tragen dieser Realität durch eine energische Intensivierung ihrer Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft Rechnung. Kooperations- und Assoziierungsverträge sollen verhandelt werden oder sind schon abgeschlossen. Einige dieser Staaten sehen Kooperation und Assoziierung in der Perspektive späterer Mitgliedschaft in der EG.

Drei EG-Optionen für die DDR

Für die DDR hat Kommissionspräsident *Delors* drei Optionen eröffnet, die alle drei dem seit Beginn der EG bestehenden Sonderverhältnis zur DDR Rechnung tragen. Es sind dies:

1. Ein Kooperations- und Assoziierungsvertrag;
2. Die Möglichkeit der Stellung eines Antrags auf Mitgliedschaft, der abweichend von der allgemeinen Regel schon vor dem 1. 1. 1993 verhandelt werden könnte;

3. Eintritt in die Europäische Gemeinschaft über die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland.

Mir scheint, daß die Sequenz der Option Eins und dann Drei wahrscheinlicher ist, als die Option Zwei. Diese drei Optionen sind Angebote, über die die DDR nach dem 18. März 1990 in eigener souveräner Entscheidung zu befinden hat. Für die Option Eins hat sich die amtierende Regierung mit dem Aide Memoire vom 24. November 1989 schon jetzt entschieden.

Diese Optionen für die DDR sollten begleitet werden von realistischen Optionen der Europäischen Gemeinschaft für alle europäischen RGW-Länder einschließlich der Sowjetunion:

1. Handels-, Kooperations- und Assoziierungsabkommen und politische Konsultationen mit der EPZ.
2. Mitarbeit in den internationalen Wirtschafts- und Finanzgremien wie GATT, INF, Weltbank, OECD etc. Eine schrittweise Mitwirkung unter Einfluß des Beobachterstatus kann zweckmäßig sein.
3. Mitgliedschaft oder Beobachterstatus im Europarat. Beitritt zur europäischen Menschenrechtskonvention und Ausdehnung der Zusammenarbeit des europäischen Menschenrechtsgerichtshofes auf ganz Europa.
4. Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten in der gegründeten Europäischen Entwicklungsbank.

KSZE-Prozeß als Ort der Stabilitätspartnerschaft zwischen Ost und West

Mit diesen Möglichkeiten kann die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in ganz Europa wesentlich zu einer gesamteuropäischen Vernetzung beitragen. Das dient der Einheit Europas, aber es ist zugleich ein Element der europäischen Einbettung der deutschen Vereinigung. Die gesamteuropäische Vernetzung muß ihren Rahmen im KSZE-Prozeß finden. Dort muß eine neue Architektur für Europa entstehen.

Für die dynamischen, dramatischen und zum Teil revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa muß der KSZE-Rahmen zu einem Stabilitätsrahmen werden. Stabilitätspartnerschaft zwischen West und Ost ist jetzt gefordert. Der KSZE-Prozeß muß zum Ort dieser Stabilitätspartnerschaft zwischen West und Ost werden. Alle KSZE-Staaten müssen an Dynamik in Stabilität interessiert sein. Das Angebot des Westens zur Stabilitätspartnerschaft – die

eine politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Dimension hat – ist ein bedeutsamer westlicher Beitrag zum Erfolg der Reform- und Demokratisierungspolitik.

Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion beachten

Angeichts der Entwicklungen im RGW und im Warschauer Pakt wird es notwendig sein, den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion besondere Beachtung zu schenken. Wie die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa verlaufen, ist nicht klar voraussehbar – zwei Tendenzen zeichnen sich ab:

■ Die europäischen Mitgliedstaaten des RGW einschließlich der Sowjetunion orientieren sich immer stärker zur EG hin; dem kann durch die dargestellte Vertragspolitik Rechnung getragen werden. Das ist – zumal mit der Aktion der 24, ein zusätzlicher Stabilitätsbeitrag.

■ Im Warschauer Pakt verstärkt sich in Polen, in der CSSR und in Ungarn der Wunsch nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Welche Auswirkungen das auf die Struktur und auf die Zukunft des Warschauer Pakts hat, kann derzeit nicht genau bestimmt werden. Es handelt sich dabei allein um eine Angelegenheit des Warschauer Pakts. Das Gebot der Nichteinmischung ist hier besonders ernst zu nehmen.

Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht – eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Diese Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr Verhalten von ele-

mentarer Bedeutung. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen darf.

Die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wird ein hohes Maß an europäischer Staatskunst verlangen. Vorstellungen, daß der Teil Deutschlands, der heute die DDR bildet, in die militärischen Strukturen der NATO einbezogen werden sollte, würden die deutsch-deutsche Annäherung blockieren. Die Mitgliedschaft unseres Teils muß bleiben. Über den Sonderstatus der DDR wird man nachzudenken haben.

Bedeutsam ist dabei, sich Klarheit über die künftige Rolle der beiden Bündnisse zu verschaffen. Sie werden von der Konfrontation zur Kooperation übergehen und schließlich Elemente kooperativer Strukturen der Sicherheit in ganz Europa werden. Das westliche Bündnis wird nach dem Willen seiner Mitglieder fortbestehen, denn die Bündnisse haben auch in Zukunft eine friedenssichernde und stabilisierende Funktion. Das schließt unseren Verbleib in der NATO ein. Ein deutscher Neutralismus würde niemandem nutzen.

Neue Rollen für die Bündnisse

Die USA sind durch ihre Mitwirkung am KSZE-Prozeß in die Verantwortung für die Zukunft Europas einbezogen. Daß beide Großmächte diese Mitwirkung für wichtig und nützlich halten, ist zuletzt beim amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Malta klar zum Ausdruck gekommen. Die amerikanische Rolle für



Fast wie am Runden Tisch: Vertreter der DDR-Opposition stellten in Tutzing ihre Programme vor (v. l. n. r.): Gerhard Bäcker (DIE GRÜNEN), Sonja Schröter (früher Demokratischer Aufbruch), Kurt Masur, Jens Reich (Neues Forum), Ibrahim Böhme (SPD) sowie Ludwig Mehlhorn (Demokratie Jetzt).

Sicherheit und Stabilität in Europa hängt von dem Fortbestand des westlichen Bündnisses ab, die sowjetische Rolle in Europa wird schon von ihrer Lage in Europa, von ihrer Größe und auf der euro-asiatischen Seite von der

Landmasse bestimmt. Beide Bündnisse sind allerdings aufgerufen, ihre Rolle mehr und mehr politisch zu definieren.

Die Streitkräfte werden eine immer stärkere Rolle bei Vertrauensbildung und Verifikation übernehmen. Die Rol-

le der Bündnisse für die Abrüstung und ihre stabilisierende Rolle gerade in der gegenwärtigen Entwicklung sollte nicht gering eingeschätzt werden. Die Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen – in denen später die Bündnisse aufgehen können – muß den Weg der Bündnisse von der Konfrontation zur Kooperation sichern.

Auftrag und Doktrinen der Bündnisse müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten. Geht diese über sie hinweg, so werden sie ihre stabilisierende Funktion verlieren. Der Westen darf bei seinen Bedrohungsanalysen und bei der Bewertung des Kräfteverhältnisses die Tatsache, daß im Warschauer Pakt Demokratien entstehen, nicht außer acht lassen. Aber der Warschauer Pakt darf nicht übersehen, daß der Westen als Bündnis von Demokratien weder die Absicht hat, noch in der Lage ist, den Osten anzugreifen.

Ohne Abrüstung keine Einheit in Europa

Auch für die Abrüstung gilt, daß sie den Anschluß an die politische Entwicklung nicht verlieren darf. Der Vorschlag, den der amerikanische Präsident heute bekanntgeben wird, nämlich die Streitkräfte der beiden Großmächte in der zentralen Zone auf 195 000 Mann zu reduzieren, ist ein weiterer wichtiger Schritt. Ohne entschlossene Schritte zur Abrüstung keine Einheit Europas und keine Einheit der Deutschen. Um diese Erkenntnis wird niemand herumkommen.

Aufgabe der Abrüstung ist es, die militärischen Elemente des West-Ost-Verhältnisses durchgreifend zu reduzieren und die Streitkräfte auf das zur Verteidigung wirklich unverzichtbare Mindestmaß zu reduzieren. Auch die Streitkräfte der Stationierungsländer müssen in Wien II einbezogen werden. Hier zeigt sich, daß die sowjetische Politik der Öffnung kühne Schritte zur Abrüstung möglich macht.

Auf die konventionellen Abrüstungsverhandlungen Wien I müssen ohne Pause die Verhandlungen über Wien II folgen. Das gleiche gilt für die Wiener Verhandlungen über Vertrauensbildende Maßnahmen. Auch hier muß auf Wien I ohne Pause Wien II folgen.

Mit dem Beginn der Implementierung von Wien I ist der Weg frei für die Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen. Auch die nukleare Artillerie muß in die Abrüstung einbezogen werden. Wenn 1990 das Jahr der Abrüstung werden soll, dann

Sonja Schröter

Wir sind den Anforderungen nicht gewachsen

Nachdem sich der Demokratische Aufbruch Mitte Dezember als Partei gegründet hatte, war ich vier Wochen stellvertretende Vorsitzende. Ich bin dann ausgetreten aus nicht mehr zu überbrückenden persönlichen und sachlichen Differenzen, wie ADN meldete. Ich kann also hier den Demokratischen Aufbruch nicht mehr vertreten, will aber trotzdem kurz die Situation in der DDR schildern.

Diese Erfahrung ist vielleicht nicht ganz untypisch, denn es sind sehr viele ausgetreten. Die ursprünglichen Vertreter der sozialökologischen Programme, die das also auch erarbeitet hatten und die für den Demokratischen Aufbruch standen, sind zum großen Teil rausgegangen, auch aus dem Vorstand. Viele sind zur SPD gegangen, viele zu Demokratie Jetzt, einige zu grünen Gruppierungen. Der Demokratische Aufbruch ist noch in Thüringen und im Bezirk Rostock stark, wird aber in der ganzen DDR auf keinen Fall über 15 000 oder 20 000 Mitglieder kommen. Im Bezirk Dresden beispielsweise sind es keine hundert Mitglieder mehr.

Ich denke, daß diese Veränderung tatsächlich die allgemeine Situation in der DDR ein Stück widerspiegelt, nämlich eine gewisse Ratlosigkeit. Wir fühlen uns überfahren vom Zeitdruck, unter dem wir stehen, von den Anforderungen an unsere Politikfähigkeit, Sachkompetenz, auch persönliche Härte. Diesen Anforderungen sind wir kaum gewachsen. Dazu kommt aus der Bundesrepublik eine Welle von neugierigen Besuchern, die uns überrollt und etwas verwirrt macht.

Die Ideale, die in unseren intellektuell geprägten Freundeskreisen, in den Friedens-, Gerechtigkeits- und Men-



Sonja Schröter, ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs: »Wir fühlen uns überfahren vom Zeitdruck, unter dem wir stehen, von den Anforderungen an unsere Politikfähigkeit und Sachkompetenz.«

schenrechtsgruppen und zumeist in kirchlichen Kreisen eine Rolle spielten, sind jetzt nicht mehr gefragt. Für mich war die deutsche Frage nie eine problematische Frage – das Entscheidende für mich war immer die Demokratisierung unseres Landes.

Für mich war es schwierig, es in der DDR auszuhalten. Auch für viele meiner Freunde war es ein jahrelanger Kampf mit vielem Hin und Her: Gehen wir nun doch fort oder bleiben wir hier? Und die Notwendigkeit, das vor sich selbst positiv zu begründen und in der DDR zu bleiben, schuf auch eine gewisse Ablehnung. Vermischt war das mit den Erziehungseinflüssen einer gewissen Feindbilderziehung und mit Vorbehalten gegenüber der westlichen Gesellschaft, mit denen ich jetzt noch zu kämpfen habe. Ich würde das als durchaus repräsentativ für meine Generation bezeichnen.

Wenn auch sehr wohlwollende Angebote von bundesrepublikanischer Seite an uns herangetragen werden, bin ich mir immer unsicher, ob wir jetzt gekauft werden sollen, oder ob es wirklich gut wäre, das anzunehmen. Diese Unsicherheiten möchte ich einfach einmal aussprechen. Ich erwarte eigentlich, daß ich das Abenteuer, klüger zu werden, hier mit Ihnen eingehen kann. Ich möchte also vor allem lernen.

müssen die beiden Abkommen noch 1990 abgeschlossen werden. Dasselbe gilt für das weltweite Verbot der C-Waffen und für die fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen der beiden Großmächte.

**KSZE-Gipfel 1990:
Ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte**

Die KSZE-Gipfelkonferenz, auf der die beiden Abrüstungsabkommen von Wien unterzeichnet werden sollen, wird zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels in der europäischen Geschichte werden. Die EG-Außenminister haben sich in Dublin auf eine solche Gipfelkonferenz verständigt. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sehen in der Abhaltung dieser Konferenz 1990 einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und zur West-Ost-Annäherung.

Ich appelliere an alle Staaten, diese Bedeutung zu erkennen und den Gipfel auch substantiell vorzubereiten. Diese Konferenz wird sich signifikant von allen vorangegangenen KSZE-Treffen, vor allem natürlich von dem Gipfeltreffen 1975 in Helsinki, unterscheiden.

Damals kamen die Staaten aus antagonistischen Systemen mit einer konfrontativen Sicherheitspolitik zusammen mit den neutralen und ungebundenen Staaten an den Verhandlungstisch. Unterschiedliche Wertvorstellungen waren für sie bestimmend und daraus folgend gänzlich unterschiedliche politische, gesellschaftliche und soziale Ordnungen. Die Verständigung auf die Schlußakte von Helsinki mutet im Nachhinein wie ein wahres Wunder an.

Das Vertrauen ihrer Befürworter in ihre Dynamik wurde gerechtfertigt, der Kleinmut ihrer Gegner widerlegt. Das Desinteresse derjenigen, die der Schlußakte zwar zustimmten, sie aber nicht ernst nahmen, wurde sehr bald von einem sehr wachen Interesse abgelöst. Beide deutsche Staaten standen sich damals so antagonistisch gegenüber wie die Bündnisse, denen sie angehören. Und doch hatten sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Zustandekommen der Helsinki-Konferenz geleistet.

Die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland, der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, der Vertrag mit der CSSR und der Grundlagenvertrag mit der DDR waren geschlossen. Das Viermächte-Abkommen für Berlin kam zustande. Die beiden deutschen Staaten hatten aber unterschiedliche Vorstellungen von der gemeinsamen



Foto: Harald W. Setzwein

Ludwig Mehlhorn, Demokratie Jetzt: »Wir haben bisher noch keine Demokratie, wir haben nur eine Diktatur gestürzt.«

**Ludwig Mehlhorn,
Demokratie Jetzt**

**Zusammen-
wachsen
so langsam wie
nötig**

Der 9. November erklärt nicht alles, was sich derzeit in der DDR ereignet. Und er erklärt es schon gar nicht auf der Ebene der Gesellschaft. Wir brauchen den Blick zurück, um zu verstehen, was passiert. Der Ablöseprozeß dieser kommunistisch-absolutistischen Despotie hat sich lange vor dem Umbruch in der DDR in den Ländern Osteuropas angedeutet. Als andere Völker Ende der 70er Jahre den Widerstand gegen die Diktatur und die fortschreitende Sowjetisierung zu organisieren begannen, blieb es in der DDR ruhig.

Weder die Charta 77, noch die polnische Solidarnosc, noch die ungarische Liberalisierung fanden bei uns ein nennenswertes Echo. Wir waren die vorbildlichen Musterschüler einer Großmacht, fest eingeschweißt in die eiserne Blockdisziplin. Die nationalsozialistische Diktatur war fast nahtlos in eine stalinistisch-sozialistische übergegangen.

Die negativen Anpassungsprozesse ließen eine sprichwörtliche kleingeistige Nischenmentalität entstehen. Manchmal hat uns der Westen dafür auch noch bewundert. Mit ge-

brochenem Selbstbewußtsein erhofften wir Veränderungen – wenn überhaupt –, nur von oben oder von außen. Gestaltende Kraft ging von dieser Gesellschaft seit dem 17. Juni 1953 erst wieder in den Wochen des vergangenen Herbstes aus.

Das Hauptwort des Herbstes war Demokratisierung. Und uns war bewußt, daß dies nach Jahren der Abstumpfung des Rechts- und Verantwortungsbewußtseins nicht nur eine Frage nach den Strukturen des Staates und der Wirtschaft war, sondern auch eine kulturelle Frage. Politische Kultur in der DDR – das heißt: Wie werden wir aus einer atomisierten Bevölkerungsmasse wieder zu einer Zivilgesellschaft, die ihre kommunikativen Prozesse mit möglichst wenig Staat regelt und ihre Konflikte so austrägt, daß staatliches Eingreifen nur in Ausnahmefällen nötig ist?

Ich habe im Herbst irgendwo einen Artikel geschrieben, da stand der Satz: »Wenn es gelingt, den Enthusiasmus der gewaltfreien Revolution so zu kanalisieren, daß er in den institutionellen Aufbau einer demokratischen Kultur mündet, dann ist der Herbst nicht nur der Anfang einer friedlichen Revolution, sondern auch die Weiterführung der in diktatorischer Bevormundung steckengebliebenen Befreiung vom Nationalsozialismus.«

Ich finde diesen Satz immer noch richtig, nur der Optimismus, mit dem ich ihn damals schrieb, der ist so gut wie weg. Es genügt ein Blick in die

Gesichter der Leipziger Demonstranten. Da fand ich im Herbst Freundlichkeit, gesammelte Entschlossenheit, es war wie bei einer Papstmesse in Rom. Jetzt ist da Ungeduld, Angst und manchmal sogar Rachsucht zu lesen.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist gefragt. Ich habe den Eindruck, daß wieder die Last der eigenen Geschichte verdrängt wird, das schlechte Gewissen, doch selbst auch mitgemacht zu haben, als Mitläufer, als Mitschweiger. Es soll so schnell wie möglich vergessen werden. Am besten, indem man sich dem Westen in die Arme wirft. Wer heute Demokratie vor Einheit sagt, der stellt sich ins realpolitische Abseits. Wir halten es dennoch für eine notwendige Position. Sie hat freilich nichts mit einem Dritten Weg zu tun. Sie hat aber das gleiche Recht, wie es die Bundesrepublik nach dem Krieg hatte, nämlich vor die Einheit die Freiheit zu setzen. Damit ist jetzt nicht behauptet, daß die Bundesrepublik etwa undemokratisch wäre. Aber man muß in Rechnung stellen, daß ein Lernprozeß in Sachen Demokratie ein wenig Zeit braucht.

Wir leben 57 Jahre, heute auf den Tag genau, unter einer Diktatur. Unser Dilemma ist, daß wir die Zeit zum Lernen nicht haben. Vielleicht sollte auch der Westen aufhören, uns zu loben, wir hätten die Demokratie selbst erstritten, während er sie nach dem Krieg von den Amerikanern geschenkt bekam. Wir haben bisher noch keine Demokratie, wir haben nur eine Diktatur gestürzt. Und wir werden die Demokratie, wenn, dann auch geschenkt bekommen vom Westen, und zwar nach dem Bilde des Westens.

Zur Zeit wird ausgemerzt, was sich dem westlichen Parteienspektrum nicht nahtlos einfügt. Ich sehe also für die gesellschaftliche Entwicklung voraus, daß diejenigen, die auf Erinnerung und Gedächtnis beharren, in Deutschland wieder eine Minderheit sein werden.

Der antistalinistische Widerstand der osteuropäischen Völker hat eine Lebensform hervorgebracht, die *Vaclav Havel* beschrieben hat als »Versuch, in der Wahrheit zu leben«. Sie hat eine kulturelle, auch eine politische Gemeinsamkeit gestiftet, sie hat die versprengte, vereinzelte Opposi-

tion integriert. Die gesellschaftliche Entwicklung wird auch davon abhängen, inwiefern es gelingt, den Versuch, in der Wahrheit zu leben, in die 90er Jahre hinüberzuretten. Es wäre nicht gut, wenn dieser Versuch mit dem Ende des realen Sozialismus endet. Auch das ist so ein Stück Mitgift, was wir vielleicht einzubringen haben.

Die Schwierigkeiten der alten Opposition, sich zu organisieren und politisch wirksam zu werden, hängen nicht nur mit dem Mangel an Kopiergeräten und Computern zusammen. Es ist auch das Problem, daß wir von einer solchen Art von Antipolitik, wie sie in den klassischen Büchern der Dissidenten beschrieben ist, von heute auf morgen umsteigen müssen auf Politik.

Was das Zusammenwachsen der Staaten betrifft, so sind wir von Demokratie Jetzt statt des »So schnell wie möglich«, für das »So langsam wie nötig«. Das Entscheidende kann, und es muß auch unterhalb der staatlichen Ebene getan werden. Am Ende soll auch für uns nach weiterer Stärkung des Föderalismus ein Bund Deutscher Länder stehen, aber eingebunden in eine europäische Friedensordnung.

Für die menschliche Begegnung gibt es schon heute keine Einschränkung mehr. Im Wirtschafts- und Währungsbereich sind effektive Schritte spätestens nach dem 18. März möglich. Ökologie ist grenzübergreifend und auch nur kooperativ zu lösen. Das, was *Günter Grass* die deutsche Kulturnation nennt, war ohnehin nie gespalten. Der Prozeß von Verständigung und Kommunikation war durch die Mauer und durch die Abgrenzungspolitik schwer behindert, aber er war nie unterbrochen.

Ich habe da noch eine hübsche Idee: Wir in der DDR sollten vielleicht – um nicht nur die Hand aufzuhalten – einen symbolischen Preis stiften für den verdienstvollen Bücherschmuggler, der in der Vergangenheit dafür gesorgt hat, daß dieser Zusammenhalt bewahrt blieb. Vergeben könnten wir ihn am 1. Dezember. Das ist der Tag der Grenztruppen der DDR, der im Literaturkalender des Jahres 1990 immer noch vermerkt ist. Und vielleicht lassen sich zu der Festveranstaltung sogar ein paar Zöllner einladen.

deutschen Zukunft, als sie sich 1975 in Helsinki versammelten.

Wenn es diesmal zum KSZE-Gipfeltreffen kommt, werden die 35 Staaten nicht im Zeichen der Konfrontation zusammenkommen. Das gilt politisch, wirtschaftlich und militärisch. Und es gilt auch, zu beachten, daß die Wertvorstellungen nun übereinstimmen, daß die Verpflichtungen der Schlußakte von Helsinki zu Menschenrecht und Menschenwürde überall Realität zu werden beginnen.

Ohne das Ergebnis der Wahlen in der DDR vorwegnehmen zu wollen – das bleibt die souveräne Entscheidung der Deutschen dort –, kann doch davon ausgegangen werden, daß am Tisch des KSZE-Gipfels 1990 zwei demokratisch gewählte deutsche Regierungen sitzen werden, die sich in ihrem Willen zur Einheit einig sein werden und die sich schon auf dem Wege dorthin befinden. Und wieder wird es entscheidend auf ihre Haltung ankommen, ob erneut ein neues Kapitel in der Geschichte Europas aufgeschlagen werden kann.

Erneut muß sich die europäische Berufung der Deutschen, muß sich ihre Verantwortungsgemeinschaft bewähren. Sie müssen der Motor sein in der Stärkung und der Vertiefung des KSZE-Prozesses, der West-Ost-Zusammenarbeit und der Abrüstung. Dieser Gipfel muß über die künftige Struktur Europas sprechen; soll es konföderal gestaltet werden, und soll diese konföderalistische Ordnung hinzielen auf einen sich langfristig entwickelnden europäischen Föderalismus?

Die Forderung Präsident *Mitterrand*s nach einer europäischen Konföderation ist sicher ein konstruktiver Beitrag. Wie sollen die Strukturen kooperativer Sicherheit aussehen? Wir Deutschen werden sagen müssen, wie wir uns die deutsche Zukunft vorstellen. Die Grundelemente des Vertrages über den Weg zur deutschen Einheit in Europa müssen bis dahin deutlich sein.

Stabilitätspartnerschaft zwischen Ost und West

Die KSZE-Gipfelkonferenz kann ihren Beitrag zur Stabilitätspartnerschaft zwischen West und Ost und zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung auch damit leisten, daß sie sich auch mit der Einrichtung europäischer Institutionen befaßt. In Frage kommen hierfür:

1. Eine Institution zur Koordinierung der wirtschaftlichen West-Ost-Zusammenarbeit. Die europäische ▶

Entwicklungsbank muß auch in diesem Zusammenhang gesehen werden.

2. Eine gesamt-europäische Institution für die Sicherung der Menschenrechte. Die Anwendung der Menschenrechtskonvention des Europarats auf ganz Europa liegt nahe.
3. Ein Zentrum für die Schaffung eines europäischen Rechtsraumes mit dem Ziel der Rechtsangleichung.
4. Eine europäische Umweltagentur.
5. Die Ausdehnung der EUREKA-Zusammenarbeit auf ganz Europa und die Einschränkung von COCOM.
6. Die Zusammenarbeit der ESA mit entsprechenden Einrichtungen des Ostens.
7. Ein Zentrum für die Entwicklung einer europäischen Telekommunikationsstruktur.
8. Ein Zentrum für die Entwicklung einer europäischen Verkehrsinfrastruktur und Verkehrspolitik.
9. Ein europäisches Verifikationszentrum.
10. Ein europäisches Konfliktzentrum.

Der Verfestigung des KSZE-Prozesses könnte außerdem die Schaffung eines Außenministerrats der KSZE-Staaten dienen, der in regelmäßigen Abständen tagt.

Entscheidend wird sein, daß alle Teilnehmerstaaten bereit sind, durch die Vertiefung und Verstärkung des KSZE-Prozesses einen Stabilitätsrahmen und ein Sicherheitsnetz zu schaffen für die vorhersehbaren, aber auch für die nicht vorhersehbaren Entwicklungen in Europa. Dazu gehört die Bekundung aller Teilnehmer, in keiner Phase der Entwicklung einseitige Vorteile zu suchen und Sicherheit nicht gegen-, sondern miteinander zu erstreben.

Wir alle müssen mit aller Energie auf ein gemeinsames europäisches Haus, auf die Europäische Friedensordnung hinarbeiten. In diese Perspektiven muß der deutsch-deutsche Einigungsprozeß eingepaßt werden, ohne daß in Europa schon alles erreicht sein muß, was wir sozusagen in kleinerem Raum vollbringen.

Sorge vor einer dominierenden Rolle der Deutschen

Ich weiß, daß es bei unseren Nachbarn die Sorge vor einer dominierenden Rolle der Deutschen gibt. Diese Sorge ist gegenüber Deutschen in Freiheit und Demokratie unbegründet. Sie kann

noch weiter entkräftet werden durch ein entschlossenes Vorantreiben der Integration in der EG und durch die gesamt-europäische Einbindung, das heißt durch die Einbindung in den KSZE- und Abrüstungsprozeß.

Für den gesamteuropäischen Einigungsprozeß bedarf es aber der konstruktiven und aktiven Mitwirkung aller Beteiligten. Wir Deutschen wollen diese Einbindung. Bei uns wiederum gibt es Stimmen, die die Sorge haben, der KSZE-Gipfel könnte eine Konferenz über Deutschland werden. Ich halte

Gerhard Bächer, Grüne

Die Bundesrepublik kann vom zivilen Ungehorsam der DDR lernen

Die deutsche Frage ist keine Frage der Deutschen. Die Deutschen in der DDR handeln inzwischen scheinbar ohne nachzufragen. Die Zahl der Ausreiser wächst umgekehrt proportional zum Niedergang der SED. Die Wende hat noch nicht stattgefunden. Es werden die alten Lieder gesungen, nun nicht mehr im Wohnzimmer, sondern auf der Straße. Wer singt da? Die eine deutsche Nation?

Umfragen in den letzten beiden Tagen im Ostteil Berlins ergaben, daß ca. 50 Prozent der Befragten nicht zur Wahl gehen wollen. In den letzten beiden Tagen habe ich einige Male eine Bemerkung gehört, und zwar von Mitgliedern verschiedenster Gruppierungen: Hoffentlich gewinnt jemand die Wahl. Und im Nachsatz: Hoffentlich nicht wir. Ratlosigkeit.

Die Frage für uns ist, was setzen wir dieser Ratlosigkeit entgegen? Als Grüne reden wir ja immer von diesem berühmten Dritten Weg. Es hat sich gezeigt, ein Dritter Weg war und ist im Alleingang nicht zu schaffen. Das heißt nicht, der Dritte Weg wäre gestorben – ganz im Gegenteil –, doch die Alternative heißt nicht mehr: Ost oder West.

Der ökologische Umbau steht vor der Tür beider deutscher Staaten. Und demnächst wird vielleicht auch die Dritte Welt vor unser beider Türen stehen, allerdings mit der Axt in der Hand, um sich notfalls mit Gewalt Zugang zu den Butterbergen zu verschaffen. Und wir stehen da, gestern gerade aus dem Keller der Illegalität gekrochen, heute in der politischen

Verantwortung, und unsicher mit unseren eigenen Konzepten. Diese Konzepte werden nun ganz langsam sichtbar. Wir haben in den letzten 14 Tagen in unserer grünen Partei hauptsächlich über die deutsche Frage diskutiert, einfach weil wir in der nächsten Woche unseren Parteitag haben. Wir wollen da möglichst einen Konsens finden zwischen den verschiedenen Interessen.

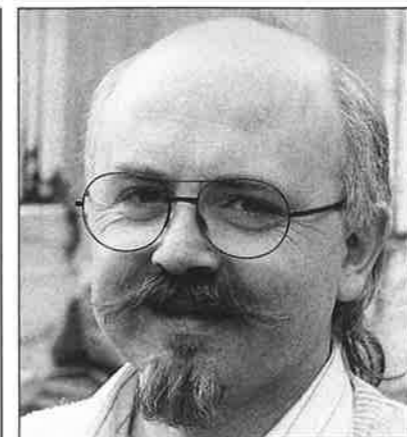


Foto: Harald W. Setzwein

Gerhard Bächer, Grüne: »Die deutsche Einheit wird kommen, ob uns das paßt oder nicht.«

Ich denke, es kann nicht mehr diskutiert werden, ob Zweistaatlichkeit oder nicht. Die deutsche Einheit wird kommen, ob uns das paßt oder nicht. Wir sind jetzt gefordert, unsere Politik einzubringen. Wir dürfen den Weg zur deutschen Einheit nicht denjenigen Kräften überlassen, die mehr die Mittel der Demagogie benutzen, als die der Vernunft.

Der Weg zu einem einheitlichen Deutschland ist Teil der großen europäischen Straße; ansonsten ist er nicht denkbar. Der konkrete Vorschlag einer Vertragsgemeinschaft kann nur im Zusammenhang gesehen werden mit einer Abrüstungsgemeinschaft. Konkret schlagen wir vor – und nicht nur wir –, noch in diesem Jahr eine KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki zu organisieren. Ziel dieser Konferenz muß es sein, den Prozeß der Auflösung der beiden Militärblöcke in Gang zu setzen und die vollständige Abrüstung in Europa einzuläutern.

Im Zusammenhang damit muß ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden. Es müssen die bestehenden Außengrenzen, namentlich die Grenze zu Polen, als endgültig anerkannt werden, auch von der Bundesregierung. Es muß die strukturelle militärische Angriffsfähigkeit beider deutscher Staaten hergestellt werden. Es muß der Primat der ökologischen Sicherheit vor jeden ökonomischen Interessen in beiden deutschen Staaten festgeschrieben werden. Und nicht zuletzt muß der Antifaschismus zur gemeinsamen übergreifenden Staatsdoktrin erhoben werden. Gleichrangig zu einer KSZE-Konferenz muß eine weltweite ökologische Sicherheitskonferenz stattfinden, um mit der Umstrukturierung der Weltwirtschaft zugunsten der Dritten Welt in einer praktikablen Form beginnen zu können.

Bei aller Hysterie und Anbiederung an den bundesdeutschen Partner, uns doch endlich zur gemeinsamen politischen Nation heimzuholen, haben wir in der DDR eine wesentliche Erfahrung gemacht: Ziviler Ungehorsam kann eine politische Wende herbeiführen, ziviler Ungehorsam muß Mittel der Politik in bestimmten Situationen sein und soll deshalb in einer zukünftigen Verfassung als Rechtsmittel gegen Tyrannei festgeschrieben werden. Der Begriff Demokratie muß über die parlamentarische Demokratie und über eine parteipolitische Demokratie hinaus erweitert werden. Volksabstimmungen und Volksentscheide sollen die tragenden Mittel der Politik werden. Das heißt, dem Volk wird die politische Souveränität endlich zurückgegeben. Diese Erfahrung können wir in den Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten einbringen. Und da kann die Bundesrepublik und ihr parlamentarisches System, das wir jahrelang bewundert haben, auch von uns lernen.

auch das für unberechtigt, wenn wir Deutschen in beiden Staaten entschlossen sind, daraus eine Konferenz für die Überwindung der Spaltung Europas und damit auch für die deutsche Vereinigung zu machen.

Es wird die deutsche Einheit nicht

die Abrüstung in Europa einzuläutern.

Im Zusammenhang damit muß ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden. Es müssen die bestehenden Außengrenzen, namentlich die Grenze zu Polen, als endgültig anerkannt werden, auch von der Bundesregierung. Es muß die strukturelle militärische Angriffsfähigkeit beider deutscher Staaten hergestellt werden.

Es muß der Primat der ökologischen Sicherheit vor jeden ökonomischen Interessen in beiden deutschen Staaten festgeschrieben werden. Und nicht zuletzt muß der Antifaschismus zur gemeinsamen übergreifenden Staatsdoktrin erhoben werden. Gleichrangig zu einer KSZE-Konferenz muß eine weltweite ökologische Sicherheitskonferenz stattfinden, um mit der Umstrukturierung der Weltwirtschaft zugunsten der Dritten Welt in einer praktikablen Form beginnen zu können.

Bei aller Hysterie und Anbiederung an den bundesdeutschen Partner, uns doch endlich zur gemeinsamen politischen Nation heimzuholen, haben wir in der DDR eine wesentliche Erfahrung gemacht: Ziviler Ungehorsam kann eine politische Wende herbeiführen, ziviler Ungehorsam muß Mittel der Politik in bestimmten Situationen sein und soll deshalb in einer zukünftigen Verfassung als Rechtsmittel gegen Tyrannei festgeschrieben werden.

Der Begriff Demokratie muß über die parlamentarische Demokratie und über eine parteipolitische Demokratie hinaus erweitert werden. Volksabstimmungen und Volksentscheide sollen die tragenden Mittel der Politik werden. Das heißt, dem Volk wird die politische Souveränität endlich zurückgegeben. Diese Erfahrung können wir in den Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten einbringen. Und da kann die Bundesrepublik und ihr parlamentarisches System, das wir jahrelang bewundert haben, auch von uns lernen.

ohne Europa, es wird die Einheit Europas nicht um die Deutschen herum geben. Die Deutschen dürfen sich deshalb Europa nicht verweigern, aber die Europäer sollten sich auch nicht Europa verweigern, um den deutsch-deutschen Annäherungsprozeß zu bremsen. Das Zusammenwachsen der Deutschen in einem geordneten europäischen Rahmen ist für die Stabilität Europas genauso wichtig wie ein stabiler Rahmen für die revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Ost-Europa.

In einem solchen Stabilitätsrahmen kann sich der deutsche Vereinigungsprozeß, wie er im »Vertrag zur deutschen Einheit in Europa« zu definieren ist, vollziehen, ohne daß es zu einer Kräfteverschiebung oder Destabilisierung in Europa kommt. Wir sind es Gorbatschow und seinen mutigen Entscheidungen schuldig, daß wir für Europa einen stabilen Rahmen schaffen.

Das Angebot der Stabilitätspartnerschaft muß neben der politischen und abrüstungspolitischen Dimension auch die wirtschaftliche Dimension einschließen. Die Bundesrepublik Deutschland



wird ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dafür einsetzen. Und wir sind es den friedlichen Revolutionen der Freiheit schuldig, daß wir ihren Demokratisierungsprozeß nicht durch altes Blockdenken, durch den nationalstaatlichen Egoismus und die Machtpolitik der Vergangenheit aus dem Gleichgewicht bringen.

Eine europäisch gesinnte und bestimmte Bundesrepublik Deutschland stellt sich im Willen zur Einheit der Deutschen und zur Einheit Europas ihrer nationalen und europäischen Verantwortung. Die Deutschen in der DDR sind so gute Europäer wie wir. Alle Staaten in Europa mögen erkennen, daß das Drängen der Deutschen in der DDR nach der deutschen Einheit immer stärker wird. Das trifft sich mit den Empfindungen bei uns. »Wir sind

das Volk, Deutschland einig Vaterland« – das darf in einem Europa der Selbstbestimmung und Demokratie von niemandem, von keinem Staat und von keiner Regierung überhört werden.

Ohne Vereinigungsperspektive: Gefahr für die Stabilität Europas

Aber niemand darf übersehen, daß eine DDR mit ihren wirtschaftlichen und politischen Problemen ohne reale Vereinigungsperspektiven zu einer Gefahr für die Stabilität in Europa werden kann. Gorbatschow erkennt das. Niemandem ist damit gedient, wenn die Entwicklung in der DDR der deutsch-deutschen und der europäischen Politik davonläuft. Daß es zu dieser Lage gekommen ist, ist nicht das Ergebnis unverantwortlicher Politik in der Bundesrepublik Deutschland, sondern es ist das Ergebnis von 40 Jahren SED-Politik in der DDR.

Wir suchen nicht den Alleingang und nicht den deutschen Sonderweg. Wir suchen den Weg in europäischer Verantwortung, und wir wollen einen dynamischen Prozeß in Stabilität. Wir appel-

Welche Errungenschaften will die DDR behalten? Die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, die Publizistin Carola Stern und Renate Schumacher (v. l. n. r.)

lieren an unsere Nachbarn in West und Ost, mit uns die europäische Perspektive zu eröffnen.

Wir wollen den deutschen Vereinigungsprozeß in der Perspektive der Integration in der EG, des KSZE-Prozesses, der West-Ost-Stabilitätspartnerschaft und des Baus des gemeinsamen europäischen Hauses. Die Deutschen, die ihre Hoffnung auf Europa setzen, dürfen in ihrer europäischen Gesinnung nicht enttäuscht werden. Das könnte vielleicht andere stärken.

Die Völker Europas sollen wissen, wir Deutschen wollen nichts anderes, als in Frieden und Freiheit mit allen unseren Nachbarn zu leben. Neues Denken und der Wille zu Verantwortung sind auf allen Seiten notwendig – zuallererst bei uns Deutschen – aber nicht nur bei uns. ■